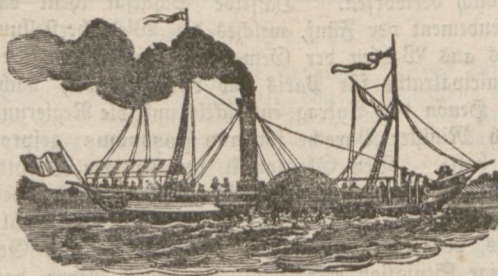


Danziger Dampfboot.

N^o. 40.

Dienstag, den 17. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschiffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Metemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Jllgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 16. Februar.

Ein Polizei-Circular erucht die Zeitungen, keine Nachrichten über militärische Maßregeln und Truppendislocationen zu veröffentlichen. Das Circular geht alsdann auf die Nachtheile ein, welche Veröffentlichungen derart zur Folge haben könnten, und führt als Beispiel an, daß in Folge der Zeitungsnachrichten die russischen Truppen auf dem Marsche von Glewitz nach Czestochau von den Insurgenten leicht aufgehoben werden konnten. Noch viel wichtiger aber ist, schließt das Circular, daß nach der plötzlich befohlenen Konzentration bedeutender Truppenmassen, mögen dieselben nur zum Schutze der Grenzen, oder zu einem direkten Auftreten im Auslande bestimmt sein, die Stellung und Stärke der einzelnen Truppentheile den Insurgenten möglichst unbekannt bleibe.

Von der polnischen Grenze, 14. Februar.

Dem Generalgouverneur Annenkow ist die Befugnis ertheilt, über Pobodien und Wolhynien den Belagerungszustand und das Standrecht zu verhängen.

Warschau, 16. Februar.

Der Dziennik Powsechny enthält eine Verordnung an die Militärführer, welche die Aufrechthaltung der Kriegszucht und die feldgerichtliche Bestrafung gemeiner Verbrecher bezweckt, ebenso ein Verbot für die Einwohner, Gewehre und revolutionäre Druckschriften zu halten; endlich die Drohung, jedes Haus, aus welchem auf das Militär geschossen wird, niederzureißen. Nach 7 Uhr darf nur mit einer Laterne, nach 10 Uhr gar nicht ausgegangen werden. Von 7 zum Erschießen verurtheilten Insurgenten hat der Großfürst 1 zu Zwangsarbeit, die 6 übrigen zur Einstellung in das Militär begnadigt.

Petersburg, 14. Februar.

Das „Journal de St. Petersburg“ meldet aus Wilna vom gestrigen Tage, daß General Kostiz bei Bielawie (Masowien) eine Insurgentenbande zersprengt habe. Aus Kiew wird die Nachricht, daß die Insurgenten die Grenze des Königreichs bei Kladnew (am Bug) überschritten hätten, für unwahr erklärt.

Paris, Sonnabend 14. Februar.

Nach Berichten aus Konstantinopel vom gestrigen Tage ist Fuad Pascha zum Seraskier ernannt worden.

London, Montag 16. Februar.

Mit dem Dampfer „Arabia“ sind folgende Nachrichten aus New-York vom 5. d. M. eingetroffen: Die Expedition des Generals Banks hat New-Orleans verlassen und man glaubte, daß dieselbe nach Port Hudson bestimmt sei. Der General Magruder hatte den Hafen von Galveston für den Handel aller befreundeten Nationen frei erklärt.

Fünf Schiffe der Konföderirten in Charleston hatten am 31. v. M. den Hafen verlassen, einen Angriff auf das Blotadegeschwader der Unionisten gemacht und einige Schiffe versenkt und beschädigt. Hierauf hatte das Staatsministerium der Konföderirten in Richmond offiziell erklärt, daß die Blotade in Charleston durch die Konföderirten aufgehoben worden sei. Die Regierung zu Washington erklärte jedoch die Berichte der Konföderirten für übertrieben und erkannte die Unterbrechung der Blotade nicht an.

New-York, Donnerstag 5. Februar.

Der Congress der Union hat das Gesetz über die Bewaffnung der Neger angenommen. Die Unionstruppen haben das Bombardement auf Galveston begonnen, aber ohne Erfolg. Charleston ist wieder vollständig in Blotadezustand und man erwartet stündlich einen Angriff. Der Antrag des Senats, die

französische Expedition in Mexiko für einen feindlichen Akt zu erklären, wurde verworfen.

In New-Orleans waren die Effecten der Konföderirten im Steigen. Nach der „Tribüne“ wird gerüchlicherweise versichert, daß im Kongresse Maßnahmen ergriffen werden, um die Speculation zu verhindern.

Mexico, 4. Januar.

Die Franzosen rücken gegen Mexico vor. 8000 Franzosen mit 30 Kanonen haben eine Position bei Aculzingo occupirt, 6000 Mann mit 27 Kanonen stehen bei Tecomachalco. Auch die unter Prevote concentrirten Streitkräfte sind im Vorrücken.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

12. Sitzung. Montag, 16. Februar.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Der Handelsminister Graf Spe npliz. Derselbe legt in Folge allerhöchster Ermächtigung dem Hause einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Bewilligung einer Summe von 200,000 Thlr. als Beitrag zu einer Zweig-Eisenbahn, von Kenney nach Remscheid. Der Minister fügt hinzu, daß diese Bahn von der allergrößten Wirkung sein werde für die bewährte Industrie jener Fabrikorte.

Demnächst tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand derselben ist die Schlußberatung über den Entwurf eines Gesetzes wegen Bestimmung des Tarifs für Tabaksblätter in Kisten. Das Haus ertheilt ohne weitere Diskussion der Regierungsvorlage einstimmig die Genehmigung.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Berlesung der Interpellation der Abgg. Kantat und Chlapowski wegen der polnischen Angelegenheit. Da der Ministerpräsident erklärt, daß die königl. Staatsregierung die Interpellation sofort beantworten wolle, erhält der Abg. Kantat das Wort zur Begründung derselben. Derselbe verweist zunächst auf die durch die russische Regierung im Jahre 1859 aufgehobene Rekrutenaushebung, geht sodann auf die gegenwärtig in Polen vorgenommene Rekrutierung über, welche er nicht als eine militärische, sondern als eine politische Maßregel bezeichnet, weshalb er den Widerstand der Polen als vollkommen gerechtfertigt erachtet. Wenn die Polen denn doch einmal dem Untergange preisgegeben werden sollten, so sei es vollkommen gerechtfertigt, wenn dieselben einem solchen Untergange den Tod für das Vaterland in einem offenen nationalen Widerstande vorziehen. Dieselben Umstände hätten ihn und den Mitunterzeichnern zu der Interpellation Veranlassung gegeben; sie sei ganz besonders hervorgehoben durch den Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Posen, Horn, und des Militärgouverneurs derselben Provinz, Graf Waldersee, vom 1. Februar. Die Form des Erlasses sei eine ganz ungewöhnliche, schon insofern, als der Chef der Verwaltungsbehörde die höchste Militärbehörde zur Unterschrift herangezogen habe. Würde nun der Erlaß in gemäßigter Sprache gehalten sein, so würde gewiß Niemand dagegen etwas einzuwenden haben; dagegen sei die Sprache desselben eine unerhörte. Es werde in dem Erlaß die gegenwärtige polnische Erhebung als ein frevelhaftes Unternehmen fanatischer Verirrungen bezeichnet, und dies sei zu einer Zeit geschehen, wo die eigenen Landesleute im Begriff ständen, den fünfzigsten Jahrestag eines ebenso frevelhaften Unternehmens fanatischer Verirrungen zu feiern. (Doch! Doch! Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn man nun erwäge, daß die Unterzeichner des Erlasses nur von Aufregungen und Ereignissen des Nachbarlandes sprechen, und diesen auf unsere preussischen Provinzen polnischer Nationalität anwenden und mit der Bezeichnung „als ein Unternehmen gegen das Landesgesetz, das die schwere Strafe des Hochverraths nach sich ziehen könnte“ belegen, so sei nicht ersichtlich, wie dieselben einen solchen Ausdruck rechtfertigen wollen. Wenn die nationale Erhebung Polens als ein Verbrechen bezeichnet werde, so seien allerdings die Polen Verbrecher, denn Niemand in der gesammten polnischen Nation werde jemals von den Bestrebungen zur Wiedergeburt seines Vaterlandes ablassen. Redner verweist schließlich auf die „angeblich zwischen Preußen und Polen abgeschlossene Convention“ und auf

die Befürchtungen der Staatsregierung, daß der Aufstand sich auch auf preussisches Gebiet übertrage. Diese letzteren seien sogar der Grund, daß die Behörden der Provinz Posen, wie dies z. B. in Pleschen geschehen sei, friedfertige Versammlungen in Widerspruch mit den Bestimmungen der Verfassungsurkunde und dem Vereinigengesetz nicht mehr abhalten lassen, und fragt zum Schluß an: ob und seit wann das Großherzogthum Posen dem Ausnahmezustande einer Verwaltung den kombinirten Civil- und Militärbehörden verfallen sei, und ob das kgl. Staatsministerium den amtlichen Erlaß vom 1. Febr. 1863 seinem Inhalt und seiner Form nach billige.

Der Ministerpräsident: Die kgl. Regierung beantwortet die Interpellation durch einfache Bejahung der ersten und einfache Verneinung der zweiten der gestellten Fragen. Sie billigt den Erlaß vom 1. Febr. c. nach Inhalt und Form. Sie benützt aber die Gelegenheit, um sich über ihre Stellung zu dem in Polen ausgebrochenen Aufstande öffentlich zu erklären. Der letztere hat in erheblichen Theilen des Königreichs und besonders in solchen, welche längs der preussischen Grenze belegen sind, eine Entwicklung erlangt, deren Bedeutung über die Landesgrenzen hinausreicht. Der unbefristete Zweck der Bewegung ist die Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches in einer dem früheren Bestande desselben sich nach Möglichkeit annähernden Ausdehnung. Auch wenn dieser Zweck die Begehrlichkeit nach preussischen Landestheilen nicht notwendig in sich schließt, so wäre die königl. Regierung doch eben so berechtigt wie verpflichtet, zu erwägen, in wie weit der Versuch zum Umsturz der vertragmäßigen Verhältnisse des Nachbarstaates auf die diesseitigen Staatsinteressen zurückwirke und was demnach zur Wahrung der letzteren geschehen muß und wenn eine solche Erwägung zweifellos zu der Ueberzeugung führt, daß die Verwirklichung der von der poln. Insurrection erstrebten Zwecke, wenn nicht den Territorialbestand, so doch jedenfalls die Interessen und die Sicherheit des preussischen Staates in hohem Grade gefährden würde, so steht doch auch die Pflicht der Regierung fest, jener Bewegung entgegenzutreten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstärke und dann mit größeren Opfern ihr Andringen abgewehrt werden müsse. Die königl. Regierung muß darauf gefaßt sein, daß der polnische Aufstand, obwohl vielleicht für jetzt nur gegen die dortige Regierung gerichtet, auch ohne schließlich die Oberhand zu erhalten, doch während seiner Dauer die diesseitigen Staatsinteressen in eine Mitleidenschaft ziehen würde, deren Nachtheile um so fühlbarer werden müssen, je länger der Ausnahmezustand des Nachbarlandes fortbesteht. Es liegen uns über die Bestrebungen, auch auf preussischem Gebiet den Aufstand so weit vorzubereiten, daß er im günstigen Augenblick ins Leben gerufen werden könne, amtliche Anzeigen vor. Allerdings hält sich die königl. Regierung der Treue und des gesegneten Sinnes der großen Mehrzahl auch unter den polnischen Unterthanen Sr. Maj. des Königs für versichert, aber auch im Königreich Polen hat der Aufstand von Seiten der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung nur in seltenen Fällen eine freiwillige Unterstützung gefunden. Um den Kern fremder Emigranten und zurückgekehrter Emigranten hat sich unter der Mitwirkung eines Theils der Geistlichkeit der kleine Adel mit seinem zahlreichen Gefolge von Dienern und Arbeitern geschaart und diese Elemente waren stark genug, um ausgedehnte Landestheile einer Anarchie preiszugeben, in welcher Leben und Eigenthum der Bevölkerung jeder Gewaltthat bloßgestellt sind und ruhige Einwohner durch Drohungen gezwungen werden, der Insurrection zu dienen. Wenn auch ähnliche Zustände in diesem Umfange bei uns nicht leicht herbeigeführt werden können, so liegt doch der Regierung die Pflicht ob, die königlichen Unterthanen gegen Gefahren, denen sie durch Gewalt und Verführung ausgesetzt werden könnten, rechtzeitig zu schützen. Dieser Pflicht im nöthigen Umfange nachzukommen, ist die königliche Regierung bestrebt und zugleich entschlossen, überall, wo sie die öffentliche Sicherheit deenoch gefährdet sieht, behufs Herstellung derselben sofort zu einer durchgreifenden Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel zu greifen. — Damit wird diese Angelegenheit verlassen und eine Reihe von Petitionen, worüber die Agrar-Commission berichtet, nach deren Anträgen erledigt. — Nächste Sitzung Dienstag. Beginn der Budgetberatung.

Berlin, 16. Februar.

Dem Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen soll nunmehr das Militärgouvernement in der Rheinprovinz und in Westfalen (das früher Prinz Friedrich hatte) übertragen werden. Mit demselben ist der militärische Oberbefehl über die beiden Armeecorps dieser Provinz nicht verbunden.

Das Mittagsblatt der heutigen „Bresl. Jtg.“ meldet, daß heute das Kürassier-Regt. mit einem Extrazuge nach der Grenze abgegangen; ein anderer Theil der hiesigen Garnison wird am Mittwoch nachfolgen.

Koburg. Die erscheinende „Allgemeine deutsche Schützen- und Wehrzeitung“ druckt zum Zeichen der Billigung folgende Stellen aus einem Neujahrsgruß des Vororts des fränkischen Turnerbundes Bayreuth ab: „Das Turnen steht außer jeder Partei und hat mit dem politischen Parteigetriebe Nichts zu thun. Es ist eine Aeußerung des Volkslebens für sich, die rein und frei zu bleiben hat von anderen Einmischungen. So heißen wir die Vertreter jeder politischen Richtung willkommen in unserer Mitte, ihnen Allen soll es gefallen, wenn sie sich gesunde Glieder, ein jugendlich frisches Herz und eine feste männliche Willenskraft bei uns holen wollen.“ — In unseren Hauptstädten erheben sich überall grandiose Turnhallen, und hat namentlich der gothaer Landtag zu einer solchen an 5000 Rthlr. bewilligt.

An die Spitze des weimar'schen Bundescontingents tritt jetzt, nach Pensionirung des bisherigen Chefs, der preussische Major v. Zetau aus Halberstadt.

Frankfurt, 12. Febr. Die Bundesversammlung beschäftigt sich heute fast nur mit Administrativ-Sachen ohne politische Bedeutung. Preußen brachte zur Anzeige, daß G.-Major Proncinzky (der sich, heiläufig erwähnt, gegenwärtig in unserer Stadt befindet) zum Commandanten von Luxemburg ernannt worden ist; die übrigen Anzeigen (Beiträge für die Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde, Eisenbahnmachweise) haben ein noch geringes Interesse.

Wien, 11. Febr. Die officiële „General-Corr.“ schreibt: „In mehreren Blättern ist von einer Circularnote die Rede, die das russische Cabinet an seine diplomatischen Agenten gerichtet und worin es dieselben aufgefordert haben soll, eine strenge Ueberwachung der polnischen Emigration von Seite der betreffenden Regierungen zu bewirken. Wir wissen zwar nicht, ob eine solche Note wirklich existirt, sind aber in der Lage, aufs Bestimmteste versichern zu können, daß eine Eröffnung im obigen Sinne dem österreichischen Cabinette weder gemacht worden ist, noch der Natur der Sache gemäß ihr gemacht werden konnte.“

Die „G.-C.“ meldet ferner: „Zwischen Rußland und Preußen scheinen mit Bezug auf die Insurrection in Polen in der That Verabredungen stattgefunden, da preussische Generale sich nach Petersburg und Warschau verfügen. Es scheint begreiflich, daß man hier sehr darauf gespannt ist, bezüglich der Natur und der Tragweite dieser Verabredungen Näheres zu erfahren. Was Oesterreichs Stellung zu den Vorgängen im Königreiche Polen anbelangt, so haben wir bereits Anlaß gehabt, dieselben zu bezeichnen. Zur Deckung der österreichischen Grenzen sind die ausreichenden Maßnahmen getroffen worden.“

Neapel, 6. Febr. Die Herzogin von Genoa gab im königlichen Schlosse einen glänzenden Ball. Während desselben plachte im Hofe eine papierne Knallbombe: man lachte und tanzte fort. Am gestrigen Tage, dem Geburtstage der Herzogin, war großer Empfang. — In Cellote (bei Gaëta) wurde von 12 Briganten ein schwacher Nationalgardeposten überfallen. Drei Nationalgardisten kamen ums Leben und das Haus des einen Nationalgardisten, Namens Cerrito, wurde rein ausgeplündert. Die Briganten schossen auf Alle, die zu Hilfe eilen wollten und verwundeten Mehrere. — Die Gefangenen zu Teramo entkamen durch den Abtritt; es entschlüpfen 50 Gefangene, darunter mehrere zu Tode Verurtheilte. Es war Alles so gut von außen organisiert worden, daß sie in einiger Entfernung reine Kleider fanden; der Telegraph nach S. Benedetto und Ascoli war durchschnitten worden.

Paris, 11. Febr. Das Feld der auswärtigen Politik verlassend, wendete der gesetzgebende Körper in der heutigen Fortsetzung der Adressdebatte sich der Behandlung der verschiedenen mit der inneren Politik in Beziehung stehenden Fragen zu. Die Debatte hat dadurch weder an Glanz noch an Wichtigkeit verloren, wenn sie auch nicht in demselben Maße wie bisher die Aufmerksamkeit des Publikums zu fesseln vermag. Das Amendement der Fünf, welches Abschaffung der bestehenden Gesetzgebung gegen die Arbeiter-Coalitionen verlangt, ward eingehend von

Darimon entwickelt und von Rogent St. Laurents bekämpft, der eine Erörterung der hierbei in Betracht kommenden Fragen als gefahrdrohend vermieden zu sehen wünscht. Diesem Wunsche schließt sich auch der Redner Minister Baroche an. Und wenn gleich derselbe nicht völlig den Befürchtungen des Vorredners zustimmt, vielmehr das Hauptgewicht darauf legt, daß über den angeregten Gegenstand zur Zeit keine Gesetzesvorlage vorbereitet werde, genügt die einfache Hindeutung der Regierung, daß ihr die vorliegende Diskussion nicht ganz genehm sei, um die Majorität zu bestimmen, sofort den Schluß der Debatte zu belieben. Das Amendement wird selbstverständlich verworfen. Dasselbe Schicksal theilt das Amendement der Fünf, welches die Wiederherstellung eines aus Wahlen der Gemeinden hervorgegangenen Municipalraths für Paris und Lyon fordert, nachdem Henon den Antrag entwickelt und die Regierung durch Minister Baroche ihr non possumus gesprochen hatte. Den Glanzpunkt der heutigen Debatte bildete die Rede Jules Favre's zur Unterstützung des Fünfer-Antrags über die Beschränkungen des Wahlrechts, die Umlegung der Wahlkreise u. s. w. Gewaltige Sensation erregte es, als Jules Favre das allgemeine Stimmrecht nur von denen ausgeübt wissen will, die Lesen und Schreiben können, obwohl er diese Ansicht nur als eine lediglich persönliche hinstellt. Der Redner zieht dann scharf zu Felde gegen die Regierungsvorlesung, kraft welcher in Paris, obwohl es jetzt 600,000 Einwohner hat, die Zahl der Wähler um 100,000 vermindert ist. Er weist nach, wie der Bericht Lagueronniere's, der diese Maßregel und die damit zusammenhängende, daß dem Seine-Departement fortan ein Abgeordneter weniger als bisher zugetheilt wird, im Senate befürwortete, auf durchweg falschen Voraussetzungen und Berechnungen beruht. Besonders tadelt Favre die Kürze der Zeit, während welcher die Wählerlisten zu Reklamationen, ausliegen und die Schwierigkeiten, welche den Wählern in den Weg gelegt werden, die sich in die Wählerlisten eintragen lassen wollen. In derselben Weise geht der Redner die Verhältnisse in denjenigen Departements durch, die ebenfalls eine Umlegung der Wahlkreise erlitten haben. Alle diese Veränderungen hat die Regierung nur getroffen, um ihren Einfluß bei den Wahlen durchzusetzen. Der Redner bekämpft dann die officiellen Candidaturen, mehr aber noch die Maßregeln der Regierung, wodurch diese den einmal durch ihren Einfluß gewählten Abgeordneten fortwährend in ihrer Macht zu halten sucht und ihm jede selbstständige Abstimmung geradezu unmöglich macht, um schließlich das gegen die Presse beobachtete System, das fortwährende Maßregeln derselben im Verwaltungswege zu beleuchten. Diese Rede bringt einen so mächtigen Eindruck hervor, daß der Vorsitzende, der Herzog von Morny, ehe er dem folgenden Redner das Wort erteilt, sich nothgedrungen fühlt, zu bemerken, wenn Hr. Favre auch jedes andere freiheitliche Element in Frankreich als unterdrückt erachte, daß Freiheit der parlamentarischen Discussion in Frankreich herrsche, werde doch selbst er anerkennen müssen; beweiße doch die eben gehörte Rede, in wie hohem Maße diese Freiheit vorhanden sei.

Der vorgestern in den Tuilerien stattgehabte Maskenball erregt die Aufmerksamkeit von ganz Paris. Diesmal jedoch nicht so sehr wegen der Anwesenheit einiger neapolitanischer Bourbonisten, als wegen der Pracht und des Glanzes, die dabei von allen Seiten entwickelt wurden. Die Kaiserin erschien im Costüm einer vornehmen Venetianerin aus dem 14. Jahrhundert; Prinzessin Mathilde als Edel-dame aus der Zeit der Medici; Prinzessin Clotilde im Rococo-Costüm; die Fürstin Metternich als Sata-nella in Sammet und Diamanten; Gräfin Persigny personifizierte das Feuer; Frau von Rothschild einen Paradiesvogel; die schöne Gräfin Castiglione erschien als Salammbô (die Hauptfigur eines jetzt in Mode befindlichen Romans gleichen Namens), mit fliegenden Haaren, entblößten Armen und Füßen; Graf Choiseul, als Negerknabe, trug ihr den Sonnenschirm. Der Glanzpunkt des Abends bildete eine Bienen-Quadrille, getanz von 20 als honigsaugende Insekten verkleideten Damen. Je drei befanden sich in einem eleganten Bienenkorb, der in den Saal gerollt wurde. Dasselbst angekommen, öffneten sich die Körbe, die Bienen-Damen schwärmten aus und ordneten sich zum Tanze, der eigens für sie vom Balletmeister der großen Oper eingerichtet war.

London, 12. Febr. Wie vorher angekündigt, ist dem Parlamente gestern das Blaubuch über Japan vorgelegt worden. Dasselbe enthält eine vollständige Beschreibung des Empfanges der englischen Gesandten in diesem Lande; den Erfolg der Conferenzen

mit denselben Betreffs der britischen Forderungen; Berichte über den gegen das britische Consulat in Japan verübten Angriff, und über die Ermordung des Mr. Richardson u. — Vor seiner Abreise nach England schrieb Mr. Rutherford Alcock, der britische Gesandte, an den japanesischen Minister des Auswärtigen:

„Ehe ich meinen Posten als Gesandter an diesem Hofe verlasse, wünsche ich als letzten Beweis meiner Theilnahme an dem Frieden und dem Gedeihen dieses Landes Ihnen einige Mittheilungen über die Beziehungen zu machen, in denen Japan zu andern Ländern steht. Während meines dreijährigen Aufenthaltes in Jeddo habe ich von Sw. Exc. häufig gehört, daß die öffentliche Meinung in Japan den bestehenden Beziehungen zu auswärtigen Mächten feindselig gesinnt sei. Unter den privilegierten Classen habe ich allerdings diese Beobachtung gemacht, aber selten trat sie mir in der Bevölkerung im Allgemeinen entgegen. Es giebt ohne Zweifel manche Einwohner dieses Landes, welche in den neuen Verbindungen mit auswärtigen Mächten große Gefahren erblicken, vielleicht eine Erneuerung der Bürgerkriege vor 300 Jahren, und die eifrig bedauern, daß der Taikun jemals von der Politik Taico Sama's und Songen Sama's abgegangen ist. Und wirklich mögen einige Gefahren und Unruhen im Gefolge sein, wie flug die Geschäfte auch abgewickelt werden mögen. Aber die eine Frage, über welche sowohl die Regierung des Taikun als die fremden Mächte sich nun entscheiden müssen, ist die, ob eine Umkehr zur Ausschließung oder Beschränkung solche Gefahren vermindern oder abwenden könnte. Vor dem Versuch zu einer fast vollständigen Isolirung zurückzugehen, sollte man sich zuerst vergewissern, ob dies in den jetzigen Zeiten noch möglich sein würde. Vor drei Jahrhunderten, vor dieser großen Entwicklung der Seemächte des Westens, vor der Einführung der Dampfschiffahrt, war es wohl einem so abgelegenen Lande wie Japan möglich, sich ohne besonderen Nachtheil anderen Nationen gegenüber zu isoliren. Aber nun liegt es auf der geraden Straße des Weltverkehrs, und alle Nationen haben ein unmittelbares Interesse seiner Isolirung ein Ende zu machen. Die Zeit ist gekommen, wo Japan keine andere Wahl mehr hatte, als entweder freundschaftlichen Verkehr oder Unterjochung, die früher oder später durch eine oder mehrere der Weltmächte hätte eintreten müssen. Angenommen, daß für die Regierung des Taikun in ihren aufrichtigen Bestrebungen, den Bestimmungen der Verträge nachzukommen, eine Gefahr zu liegen scheine, was würde denn anderes als Bürgerkrieg und Unruhen die Folge sein, wenn eine fremde Macht auf ihrem Rechte bestände: Blockirung der Häfen, Vernichtung alles Handels, Abschneidung selbst der Reiszufuhr nach Jeddo, dem Sitz der Regierung? Und es giebt doch einige unter den Vertragsmächten, die dieses vermittelst ihrer Kriegsschiffe mit Leichtigkeit ausführen könnten, wenn die Aufrechterhaltung ihrer Rechte sie dazu treiben sollte. Wenn Sw. Exc. in diesen Argumenten Vernunft und Gerechtigkeit erblicken, so mag es für mich möglich sein, vor meiner Abreise mit Ihnen solche Anordnungen zu beschreiben, welche Ihre Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit den noch zu eröffnenden Häfen und Städten vermindern werden. Es ist der Wunsch der Regierung Ihrer Maj. der Königin, wo möglich auf freundschaftlichem Fuße mit Ihnen zu bleiben.“

12. Febr. In der heutigen Mittags Sitzung des Unterhauses wurde die Bill wegen Vertheilung der Pachtsschere zum zweiten Male verlesen. Herr Newdegate brachte eine Bill zur Ablösung der Kirchensteuer, Lord Raynham eine Bill wegen Erhöhung der Strafe für Gatten und Väter, die ihre Frauen und Kinder mißhandeln, ein.

Von der russisch-polnischen Grenze wird unterm 10. d. geschrieben: Die Insurgenten cantoniren noch immer in Russisch-Dombrowa, wo sich das Hauptquartier befindet, und sollen demnächst den Marsch gegen Czestochau antreten, um die daselbst stationirte Batterie, welche von 3000 Russen vertheidigt wird, zu erobern. Reisende erzählen, daß ein Bataillon Garde, welches aus Warschau abgesendet wurde, 2 Stationen von Warschau von Insurgenten, welche, durch Gebirge gedeckt, dasselbe bis auf 20 Schritte ankommen ließen, durch gut angebrachte Dechargen zuerst zerstreut, sodann aber gänzlich vernichtet wurde. Dagegen sollen auf einem anderen Punkte die Russen ein Städtchen und fünf Dörfer, deren Bauern für die Insurgenten Partei nahmen, gänzlich verbrannt und die darin zurückgebliebenen Weiber und Kinder getödtet haben. Die Eisenbahn zwischen Warschau und Maczki ist von den Insurgenten beherrscht, welche die Züge anhalten und die Reisenden einer strengen Visitation unterziehen. In Sandomierz wird fleißig für die Insurgenten geworben, die russischen Truppen sollen sich nach Radom und Kielce zurückgezogen haben.

Aus Krakau wird österreichischen Blättern über die in dem Gubernium Radom (im südlichen Theile Polens) vorgefallenen Gesechte folgendes Bulletin aus dem Lager der Aufständischen mitgetheilt: „Am 1. Februar erwartete General Langiewicz bei Subedniow mit 2500 Mann, wovon 400 Jäger, die übrigen Cossiniere waren, den Feind. Das Zusammentreffen erfolgte am Nachmittage und dauerte 3 Stunden. Den Kampfsplatz behielten die Unsrigen.

